

Offener Brief (von...)

An die Alterssicherungskommission der Bundesregierung und des DGB und an jedes einzelne Mitglied in den Kommissionen:

Sehr geehrtes Kommissionsmitglied,

Sie sollen Vorschläge für eine Rentenreform machen. Zukunftsfähig soll die Altersversorgung werden. Begründung für Ihren Auftrag in Kurzform: Die Renten sind oder werden zu teuer.

Bevor Sie sich an die Arbeit machen, erwarten wir von Ihnen, dass Sie sich und uns folgende Fragen beantworten:

- Die Höhe der deutschen Renten sind im internationalen Vergleich weit abgeschlagen auf Platz 17 von 22 in der EU. – Wie kann das sein, wir sind das wirtschaftlich stärkste Land?
- Jeder 5. Rentnerhaushalt (20%) lebt in Armut, vor 20 Jahren war es noch jeder 9. Haushalt (11%). Eine Steigerung um 80 %. – Wie kommt das, ist das akzeptabel?
- Der Anteil der Rentenzuschüsse am Bundeshaushalt sinkt und zwar von 31 % 2004 auf 25% in 2024. – Nanu! Warum wird in den Medien dann immer das Gegenteil behauptet?
- Der Anteil der Rentenausgaben am Bruttoinlandsprodukt sinkt von 10,4 % 2003 auf 8,9 % in 2023, obwohl 1,5 Million Rentner mehr zu versorgen sind. – Kennen Sie diese Zahlen?
- Das Drei-Säulen Modell ist gescheitert. Die Riester-Rente ist gescheitert. Die Betriebsrenten schrumpfen. – Und jetzt soll dieses gescheiterte Modell das Modell der Zukunft sein?
- Die geburtenstarken Jahrgänge gehen bereits seit 7 Jahren in Rente und der Beitrag bleibt bei 18,6% bis mindestens 2028 stabil. – Haben Sie das schon irgendwie mitbekommen?
- Warum nimmt sich die Alterssicherungskommission nicht aller Systeme an, auch die der Beamten, Politiker und Selbständigen?

Wir erwarten nicht nur Antworten auf diese fundamentalen Fragen. Wir erwarten auch dass Sie die Meinung und den Willen von sehr großen Mehrheiten in der Bevölkerung respektieren und mit ihren Reformkonzepten Rechnung tragen.

- 80% bis 90% wollen auf keinen Fall eine Kürzung der Renten hinnehmen.
- 70% bis 85% wollen keine weitere Verlängerung der Lebensarbeitszeit.
- Über 50% wollen eine Rente, die mindestens 75 % des Im Arbeitsleben erzielten Nettolohns beträgt.
- 99 % wollen eine Rente, die Altersarmut verhindert.
- 75% bis 85% wollen, dass Schluss ist mit dem Klassenrecht in der Altersversorgung und fordern eine Versicherung für alle Erwerbstätigen.

Und wir erwarten von Ihnen eine Antwort, mit welchen Zielen Sie an die Arbeit gehen und ob Sie bereit sind in einen Dialog mit den Betroffenen, den jetzigen und den zukünftigen Rentnern, einzutreten.

Xxx, den xx.xx.2026

(Rückseite: Quellen zu obigen Aussagen)

Quellen zu den Daten im Offenen Brief an die Rentenkommissionen

- Internationaler Vergleich: OECD „Pensions at a glance 2025“ Seite 169
- Armutsberichte des Paritätischen Gesamtverbandes: Jahrgänge 2013 bis 2025, basierend auf den Daten der Mikrozensus-Befragungen
- Anteil Bundeszuschüsse: Bundesgesamthaushalt – Datenpool des BFM, einzelne Jahrgänge; Bundesmittel – DRV „Rentenversicherung in Zeitreihen 2025“ S. 243
- Anteil Rentenausgaben am BIP: BIP – destatis „volkswirtschaftliche Gesamtrechnung“ lange Reihen ab 1970 und Jg. 2022 bis 2024; Gesamtausgaben DRV - „Rentenversicherung in Zeitreihen 2025“ S. 239; Anzahl der Rentenempfänger – DRV „Rentenversicherung in Zeitreihen 2025“ S. 204 und Jahrgang 2007 S. 163
- Das Drei-Säulen Modell: BFM "Riester-Auszahlungsstatistik" Auswertungstichtag 15.05.2024; BMAS - Statistik zur privaten Altersvorsorge (Riester-Rente) vom 16.5.25; Betriebsrenten – Alterssicherungsberichte der Bundesregierung 2012 bis 2024 – Verbreitungsrückgang seit 2009: 13%.
- Geburtenstarke Jahrgänge: destatis - Bevölkerungsfortschreibung - Berichtsjahr 2024 (1990 bis 2024, Jahrgangsstärke größer 1 Million ab 2019);

Umfrageergebnisse, Auswahl:

- ARD- „Deutschlandtrend“ vom 5.12.25
- DGB, AK Bremen, AK Saarland „SozialstaatsRadar 2025“ vom Dezember 2024
- Umfrage Kantar-Institut vom Februar 2023
- Umfrage Kantar-Institut vom Oktober 2022
- ZDF-Politbarometer vom August 2018
- EMNID-Umfrage für BILD am Sonntag vom Februar 2015
- Infratest-Dimap Umfrage Mai 2014
- EMNID-Umfrage vom August 2010
- EMNID-Umfrage vom Dezember 2006
- ZDF-Politbarometer vom Februar 2006